

SPD - Fraktionsvorsitzender Peter Alexander

Haushaltsrede 2016

-Es gilt das gesprochene Wort-



Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher Kandel,
sehr geehrte Damen und Herren,

für die SPD - Fraktion habe ich die Aufgabe übernommen, in einem Redebeitrag zum vorliegenden Haushaltsentwurf 2016 eine umfassende Stellungnahme abzugeben.

Den eigentlichen Ausführungen zum Haushaltsentwurf 2016 möchte ich aber zuvor meinen Dank an die Mitglieder des Magistrates und die Bediensteten der Verwaltung für die geleistete Arbeit zur Vorlage dieses Haushaltsentwurfes voranstellen. Meinen besonderen Dank darf ich an Herrn Triller und Frau Krieb als ständige Ansprechpartner für Fragen zum Haushalt und aktuell für die schnelle Abfassung des Protokolls zur letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses richten.

Zeitschiene der Haushaltsberatungen und der Haushaltsverabschiedung

Der Haushalt für das Jahr 2015 ist -auch bedingt durch den vollzogenen Wechsel im Bürgermeisteramt- erst im Februar 2015 verabschiedet worden. Dieser Haushalt war nicht genehmigungsbedürftig, so dass dessen Umsetzung sofort erfolgen konnte. Die von der CDU in der Öffentlichkeit propagierten Nachteile wegen einer angeblich zu späten Haushaltsverabschiedung sind erwartungsgemäß in keiner Weise eingetreten. Daher sind und waren diese Aussagen der CDU der Kategorie „unseriös und polemisch“ zuzuordnen.

Der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2016 ist von Bürgermeister Udo Schöffmann bereits im Rahmen der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25.09.2015 vorgelegt worden. Die frühe Einbringung war der Zielsetzung geschuldet, dass dessen Verabschiedung in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erfolgen soll.

Allerdings hat der Haushaltsplanentwurf durch den Magistrat eine Vielzahl an Korrekturen erfahren, nämlich 15 Änderungen bereits am 15. Oktober und sodann nochmals 25 Änderungen am 26. November.

Ob eine solch frühe Einbringung im September eines Jahres mit der erlebten Konsequenz dieser zahlreichen Änderungen für eine sorgfältige und zielführende Beratung des Haushaltsplanentwurfs zweckmäßig ist, möge in noch zu führenden Diskussionen einer kritischen Betrachtung unterliegen.

Haushaltslage

Der Haushaltsplan für das Jahr 2016 ist mit einem Überschuss im Ergebnishaushalt von 9.382 € eingebracht worden.

Nach den angesprochenen Korrekturen durch den Magistrat hat dieser Überschuss sich im Oktober auf den Betrag von 165.702 € erhöht, um im November aber wieder eine Verringerung auf 10.502 € zu erfahren.

Der Haushalt für das Jahr 2016 wird auch nach der Berücksichtigung der von den einzelnen Fraktionen gestellten Änderungsanträge einen Überschuss ausweisen. Damit wird die seit dem Haushalt für das Jahr 2013 gegebene Entwicklung fort, dass die Haushaltspläne mit einem positiven Ergebnis verabschiedet werden konnten.



Diese Ergebnisse sind umso höher zu bewerten, wenn man bedenkt, dass zahlreiche Kommunen im Landkreis Gießen und auch im Land Hessen eine defizitäre Haushaltslage darzustellen haben.

Für die Jahre 2009 -2012 hatte aber auch die Stadt Pohlheim defizitäre Haushaltsergebnisse zu verzeichnen.

Ein wesentlicher Grund für diese defizitäre Lage in diesen Jahren war neben den allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklungen, dass den hessischen Kommunen und damit auch der Stadt Pohlheim von der damaligen hessischen CDU/FDP-Landesregierung zusätzliche kostenträchtige Aufgaben übertragen worden sind. Zugleich ist den Kommunen von der hessischen CDU/FDP-Landesregierung nicht nur die analoge Kostenerstattung für diese zusätzlichen Aufgaben verweigert worden, sondern den Kommunen sind noch weitere Finanzmittel entzogen worden. Das Konnexitätsprinzip wird seitdem oftmals nicht mehr beachtet.

Zur Beseitigung der defizitären Haushaltslage mussten weitreichende und für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Pohlheim unangenehme Beschlüsse gefasst werden. Dies haben die Fraktionen von SPD, FW und Bündnis 90/Die Grünen durch die Anhebung von Steuern und Gebühren im September/Oktober 2012 vollzogen. Diese Beschlüsse sind gegen die Stimmen der CDU erfolgt, die sich in eine reine Verweigerungshaltung zurückgezogen hatte und die Notwendigkeiten nicht erkannt hatte oder nicht erkennen wollte.

Vielmehr hat die CDU in einer Annonce im Pohlheimer Mitteilungsblatt von Gründonnerstag 2013 mit wahrheitswidrigen Behauptungen, dass Pohlheim die höchsten Steuern und Gebühren aller Kreiskommunen erhebe, eine schlimme Hetze gegenüber seriöser Finanzpolitik betrieben.

Durch die mit den Beschlüssen gelungene Überführung der defizitären in eine positive Haushaltslage konnte zum einen erreicht werden, dass man den immer heftiger ausfallenden Konsolidierungsvorgaben des CDU-Innenministers entgehen konnte. Zum anderen sind durch die Steuer- und Gebührenanhebungen kurz- und mittelfristig die finanziellen Voraussetzungen geschaffen worden, Verbesserungen im Kinder- und Jugendbereich sowie bei Infrastrukturmaßnahmen vorzunehmen.

Sozialpolitische Ansätze

Der Container-Ersatz mit zusätzlicher Erweiterung der Kindertageseinrichtung Holzheim wird in Kürze abgeschlossen sein. Für das Jahr 2016 ist der Ausbau der Kindertageseinrichtung Germaniastr. vorgesehen. Die Betreuungszeiten in den Kindertageseinrichtungen Dorf-Güll und Garbenteich sind entsprechend den Anträgen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bzw. der FW ausgedehnt worden.

Der von der SPD unterstützte quantitative und qualitative Ausbau der Kindertageseinrichtungen befindet sich damit in der Umsetzung und hat auch im Haushaltsplan 2016 seine Berücksichtigung gefunden.

Mit der auf Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vollzogenen Bildung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe zwecks Errichtung einer „Generationenbrücke“ konnte dieses Thema vorangebracht werden. Die Symbiose von Familienzentrums und Generationenbrücke soll nun in Garbenteich einer Verwirklichung zugeführt werden.



Hierzu ist von der SPD gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen und FW die Schaffung einer neuen 1,0 Stelle beantragt worden.

Die SPD hat sich für die Installierung des „Paktes für den Nachmittag“ an allen Grundschulen in Pohlheim ausgesprochen und sieht diese Maßnahme als richtigen ersten Schritt zur möglichst flächendeckenden Einführung von Ganztagesgrundschulen an. Nachdem die Gewährung eines Zuschusses zur Installierung des „Paktes für den Nachmittag“ an der Grundschule in Holzheim von Bürgermeister Schöffmann vehement abgelehnt worden ist, konnte dieses Pilotprojekt durch die maßgebliche Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung doch auf den Weg gebracht werden. Die mit Änderungsantrag beschlossene Erhöhung des Haushaltsansatzes 2016 für den „Pakt für den Nachmittag“ an allen Grundschulen in Pohlheim entspricht den Intentionen der SPD.

Die von den Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen seit Langem geforderte Entwicklung einer integrierten Kinder- und Jugendbetreuung einschließlich einer aufsuchenden Jugendarbeit sollte mittels der neuen 1,0 „Sozialstelle“ oder mit Hilfe eines externen Trägers endlich verwirklicht werden. Auf die hierzu erforderlichen Haushaltsansätze hat die SPD geachtet.

Infrastrukturelle und sonstige Ansätze

Von ganz wesentlicher Bedeutung sind die über die Position Haushaltsreste zur Verfügung stehenden Mittel für den Ausbau der Breitbandversorgung. Die Einrichtung von „Schnellem Internet“ für den gesamten Bereich Pohlheims ist absolut erforderlich und muss höchste Priorität genießen.

Die Förderung der Infrastruktur bedeutet weiterhin, dass insbesondere auch Straßen, Fahrradwege, Wege für Fußgänger, Naherholungsgebiete und Freizeiteinrichtungen neu geschaffen bzw. in einen qualitativ guten Zustand versetzt werden müssen. Diesem Ziel dient die Fortführung einer erheblichen Anzahl von Haushaltsansätzen, die von der SPD-Fraktion initiiert oder mitgetragen worden sind. Beispielhaft sind die Anträge bzgl. der Bolzplätze, dem Rad- und Gehweg entlang der Hohl-Tangente und die Wegebefestigungen zur Erreichung der „Neuen Mitte“ anzuführen.

Für die SPD wichtige Punkte sind aber auch Maßnahmen zur Verkehrsentlastung, Verkehrsberuhigung und Lärmschutz.

Das Problem der Verkehrsentlastung im Stadtteil Watzenborn-Steinberg für den Bereich Ludwigstr./Wilhelmstr./Grüninger Str. und Gießener Str. ist durch den heute noch zu beschließenden Antrag der SPD wiederbelebt worden. Zur Durchführung etwaiger Maßnahmen steht per Haushaltsrest ein Betrag von 192 T€ zur Verfügung.

Zur Umsetzung von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen –zunächst federführend am Ortseingang von Grüningen aus Holzheim kommend- ist auf Antrag von SPD, FW und Bündnis 90/Die Grünen der Betrag von 80 T€ in den Finanzhaushalt eingestellt worden. Die Überprüfung von Möglichkeiten zur Lärmverminderung durch die Autobahn A 5 für den Pohlheimer Bereich ist gleichfalls mit finanziellen Mitteln versehen worden und soll durch den auf der heutigen Tagesordnung stehenden Begleitantrag forciert werden.

Auch die Vereinsförderung in finanziell vertretbaren Größenordnungen und zur Unterstützung von Eigenmaßnahmen der Vereine spiegelt sich in Anträgen wieder, wie z. B. bei der Bezuschussung zur Sanierung der Gehwege im Freibad Holzheim oder für die Anschaffung eines Ballfangnetzes am Sportplatz Holzheim



Auf Initiative der SPD ist erstmals ein finanzieller Ansatz für Maßnahmen zur Barrierefreiheit in Pohlheim in den Haushalt eingestellt worden. Als erste Zielsetzungen sind barrierefreie Zugänge zu den städtischen Büchereien fixiert worden; weitere Projekte sollen selbstverständlich folgen.

Sperrvermerke

Die SPD hat gemeinsam mit FW und Bündnis 90/Die Grünen zunächst eine erhebliche Anzahl von Sperrvermerken beantragt.

Auf Grund von selbstverpflichtenden Erklärungen von Bürgermeister Schöffmann, die per Protokoll schriftlich und nachvollziehbar festgehalten worden sind, konnte ein Teil der beantragten Sperrvermerke zurückgezogen werden.

Man kann sicherlich die Frage stellen:

Wieso überhaupt Sperrvermerke und zudem noch mehrere?

Zum einen hatte ich bereits in meiner letzten Haushaltsrede dargelegt, dass die Sperrvermerke nicht als Hemmnis, sondern als Merkposten und Ansporn gewertet werden sollten.

Nach dem ersten Jahr der Amtsführung von Bürgermeister Schöffmann sind weitere Argumente hinzugekommen. Die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung werden von Bürgermeister Schöffmann teilweise nicht beachtet oder umgangen oder werden mit einer der Beschlussfassung nicht konformen Auslegung versehen.

Insbesondere darf ich hierzu auf folgende Vorgänge verweisen:

1. Nichtbeachtung der Beschlussfassung zur Anschaffung von Elektro-Kfz;
2. vollzogene Stellenausschreibung und Stellenbesetzung für einen Bauamtsleiter;
3. Annahme einer Kostenneutralität trotz Nutzflächenerweiterung der Kita Holzheim, obwohl weder vom Magistrat noch von der Stadtverordnetenversammlung diese zusätzliche Erweiterung zu diesem Zeitpunkt beschlossen worden war.

Die zumindest vorläufig notwendige Setzung von Sperrvermerken in diesem Umfang ist daher zur Erreichung einer ordnungsgemäßen Umsetzung der Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung sowie auch zur Vermeidung von Fehlerquellen durch den Bürgermeister zu Lasten der Stadt Pohlheim mehr als begründet.

Kindertagesstätten – Gebührenerhöhung

Die vom CDU - Bürgermeister Schöffmann und der CDU-Mehrheit im Magistrat zunächst vorgesehene Erhöhung der Gebühren um ca. 30 % ist erfreulicherweise bereits in den Fachausschüssen und der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt worden, auch von der CDU-Fraktion. Diese exorbitanten Erhöhungsvorstellungen des Bürgermeisters sind daher vom Tisch.

Verblieben war hierzu jedoch der Änderungsantrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen, der immer noch eine Erhöhungsquote von ca. 18-20 % vorgesehen hat. Die hierzu gegebene Begründung von CDU und Bündnis 90/Die Grünen, die derzeit für regelmäßige und ggf. etwas kleinere Erhöhungen plädieren, hat für die SPD kein zwingender Grund für eine Gebührenerhöhung 2016 dargestellt.



Selbstverständlich wird auch von der SPD konstatiert, dass die von allen Fraktionen gewollte Erweiterungen der Kita in Holzheim und der Kita Germaniastr. wie auch die qualitative Verbesserung der Kinderbetreuung zu Mehrausgaben für die Stadt Pohlheim führen. Die SPD steht ohne Einschränkungen für ein bedarfsgerechtes Angebot bei den Kindertagesplätzen, auch und gerade für den Bereich U 3; weitere Verbesserungen in Quantität und Qualität der Kita-Plätze stehen für uns außer Frage.

Die SPD sieht aber für das Jahr 2016 keine Notwendigkeit, die Kindergartengebühren überhaupt zu erhöhen, da ein positiver Haushalt 2016 auch ohne diese Erhöhung realisierbar ist. Die SPD sieht in einer quantitativen und qualitativen Verbesserung der Betreuung ohne gleichzeitige Erhöhung der Gebühren einen kleinen, aber doch zielführenden Schritt zur Gebührenfreiheit bei den Kitas und begrüßt die heutige Ablehnung für den Haushalt 2016.

Die SPD hat -überwiegend gemeinsam mit den Fraktionen FW und Bündnis 90/Die Grünen- bereits geeignete Änderungsvorschläge zum Haushalt eingebracht, die zu Verbesserungen des Ergebnishaushaltes führen.

Sofern diese auf Grund von Außenwirkungen durch das Land Hessen oder den Landkreis Gießen nicht ausreichend wären, stellt die SPD fest, dass der Haushaltsentwurf 2016 noch mit einigen Luftpolstern versehen ist.

Der Haushalt ist nicht -wie notwendigerweise in defizitären Zeiten - auf Kante genäht, sondern bietet weitere Möglichkeiten zu Ergebnisverbesserungen.

Hierzu ist insbesondere der prognostizierte Ansatz der Gewerbesteuer für 2016 zu nennen, der zunächst mit dem Betrag von genau 3 Mio € erfolgte. Der Magistrat hat diesen Betrag bereits mit seinem Beschluss vom 26. November auf 3.177.000 € angehoben, um den Ergebnishaushalt vor einem defizitären Ergebnis zu bewahren. Die Rahmenbedingungen für das Entstehen der Gewerbesteuer sind im Hinblick auf Neuansiedlungen von Gewerbebetrieben und der allgemeinen wirtschaftlichen Situation gerade für die Stadt Pohlheim als sehr positiv zu bewerten. Die Schätzung auf den gleichen betraglichen Ansatz wie für das Jahr 2015 -somit 3.370.000 €- ist daher jederzeit möglich und vertretbar.

Auch bei den einzelnen Ansätzen für Personalkosten ist ein in früheren Zeiten mit „Personaldeckungsreserve“ bezeichneter finanzieller Spielraum gegeben, der für eine Verbesserung des Ergebnishaushaltes in Anspruch genommen werden könnte.

Die beantragte Gebührenerhöhung war demnach überflüssig.

Fazit zum Haushalt 2016

Sämtliche Änderungsanträge der SPD haben einstimmige oder mehrheitliche Zustimmung erfahren. Sogar die Erhöhung der Kindergartengebühren konnte durch unseren Antrag vermieden werden.

Die SPD-Fraktion wird im Hinblick auf die im Haushalt erreichte Abbildung zahlreicher SPD-Positionen sowie die gute finanzielle Situation der Stadt Pohlheim, die aus den vergangenen Haushaltsjahren resultiert, dem geänderten Entwurf des Haushaltsplanes und der Haushaltssatzung zustimmen.